

Das rote Maigelohnnis muß zur Tat werden!

Zum roten Mai-Marsch schreibt das Zentralorgan unserer Partei u. a.

Während in Moskau über den roten Flag die befreiten Arbeiter der Sowjetunion das Gewehr geschultert, das Bajonett aufgefleht, jubelnd in Hunderttausenden an ihrem sozialistischen Siegestag marschierten, —

während in allen Ländern der kapitalistischen Reaktion, erlaubt oder verboten, die Massen der revolutionären Arbeiter unter den Sturmflaggen der Kommunistischen Internationalen trotz Panzerwagen, Volkspolizei und Militär den Weltkampflager gegen die mörderische Herrschaft der Bourgeoisie begehren —

zeigte an diesem 1. Mai 1931 das rote Berlin in einem Aufmarsch dergleichen, daß es in gewaltiger Uebermacht und Ueberzahl zu seiner kommunistischen Partei steht. Wann hat Berlin je eine solche Demonstration gesehen? Der Lustgarten überfüllt von unübersehbaren Massen, deren Kampfesgeisterung und Kampfeswille den Demonstrationsplatz wie eine rote feurige Welle überflutet hat. Alle Zugänge zum Lustgarten, dem größten Demonstrationsplatz im Zentrum Berlins verstopft; von den Jüngen, die in Achterreihen, in Sech-



Gen. Thälmann spricht im Lustgarten

reihen in Sechserreihen, ja in Bierundzwanzigerreihen über die ganze Breite der Straßen und Gehsteige, anmarschiert kamen. Kilometerweit handten die Flüge in den Hundstagen, — die Flüge, die nicht mehr auf den überfüllten Lustgarten kommen konnten.

Das macht uns keine Partei nach. Und der Sozialdemokrat, die am Vormittag noch nicht einmal die Hälfte, ja vielleicht nur ein Drittel unseres Aufmarsches trotz ihrer Mobilisierung der reformistischen Gewerkschaften erreichen konnte, fehlte vor allem die Jugend in ihrer Demonstration.

Das was an diesem 1. Mai marschieren konnten entspringt seiner Gunst der Bourgeoisie und der Polizeisozialisten — es beruht auf unserer Stärke. Es beruht darauf daß gerade angesichts der Rotenordnungen, dieser Verordnungen zur Steigerung der millionenfachen Not des Volkes, die in die letzten Arbeiterquartiere werdend und aufrüttelnd das revolutionäre Rettungs- und Freiheitsprogramm des Kommunismus wirft.

Als unter Genosse Ernst Thälmann inmitten des Lustgartens zu den Massen des Arbeitervolkes sprach, da wogte der wirkliche Sturm der Kampfesbegeisterung, daß allein in unserer Front die Zukunft des arbeitenden Volkes marschiert. Wir setzen den Ausweg aus der Katastrophe des bankrotten, verfallenden Kapitalismus. Wir führen das Volk zur großen, revolutionären Aktion für Brot, Arbeit und Freiheit. Wir sammeln die Massen des Volkes in Stadt und Land unter dem Banner der Volksrevolution. Wir führen immer neue Heerhaufen neue Brigaden, Divisionen, Armeekorps von revolutionären Freiheitskämpfern in die Front für das kommende freie und sozialistische Sowjetdeutschland.

Das spürte jeder in dem grandiosen Aufmarsch im Lustgarten. Das sah jeder, der Augen hatte, zu sehen, wo die Kraft, die Opferbereitschaft und wo der Sozialismus steht.

Bolschewistischer Kampfmai — das heißt: Unerschütterlich verbunden sein mit der sozialistischen Sowjetunion, mit ihren Helden an der Front des Sozialismus, mit ihrer Roten Armee, mit ihrer bolschewistischen Partei. Kampfbereit stehen zur Verteidigung des Sowjetlandes gegen die imperialistischen Interventionen, zum Kampf mit allen Mitteln entschlossen.

Bolschewistischer Kampfmai — das heißt: die proletarische Bruderhand über alle Grenzspalte hin zur chinesischen, indischen und japanischen Revolution der Arbeiter und Bauern geheißt.

Die kommunistische Partei Deutschlands, die fast überall aus dem ganzen Reich die gewaltige Ueberlegenheit und Ueberzahl ihrer Demonstrationen gegenüber den Demonstrationen der hantierten Volkspolizei-SPD melden kann, hat mit diesem 1. Mai einen neuen Erfolg auf dem Wege zur Eroberung der Mehrheit der deutschen Arbeiterklasse errungen. Und das Besondere unserer Stärke ist die Tatsache, daß wir wissen: Tausende von sozialdemokratischen Arbeitern im roten Berlin, Hunderttausende im Reich, die noch an diesem 1. Mai verblüfft und zweifelnd an den lauten Feiertagsparaden ihrer Partei teilnahmen, werden in kurzer Zeit bei uns stehen. Die Sozialdemokratie ist im Niedergang, wir sind im Aufmarsch.

Das revolutionäre Maigelohnnis der Hunderttausende des roten Berlins wird in den kommenden großen Kämpfen in Youngdeutschland zur Tat werden.

Öffentliche Bekehrungsgebungen

2 Jahre RFB-Verbot

Mittwoch den 8. Mai 20 Uhr im Kristallpalast. Es spricht Lehmann, MdB. — Dienstag den 5. Mai 20 Uhr im Galkhof Lentewitz. Es spricht Otto Seifert, Chemnitz. Unkostenbeitrag 30 Pf., für Erwerbssloß 20 Pf. Die Genehmigung für diese Versammlungen ist beim Volkspolizeiamt beantragt

Zum SPD-Parteitag:

SPD-Antrag für Militäraufrüstung!

Kein Wort zum Lohnausgleich bei 40-Stunden-Woche / Löbauer Antrag entlarbt Edels Schwindel / Arbeiter fordern: Sturz des Kapitals!

Das Herannahen des Leipziger Parteitages findet die SPD-Organisationen in einem Zustand des wachsenden Misstrauens der proletarischen Mitglieder gegen die Führer, das teilweise bereits in offene Rebellion umzuschlagen beginnt. Kennzeichnend ist dabei, daß die verschiedenen Führergruppen, die früher „einheitslich“ antraten, unter dem Druck der Entwicklung auseinanderfallen. Andererseits entwickelt sich innerhalb der Mitgliedschaft eine härtere Opposition auch gegen diejenigen Führer, die das Vertrauen hatten, solange sie sich „links“ gebärdeten. Die kleine Gruppe der „Neuen“ bildet das Aufsprüngen des Parteivorstandes für die wachsende Empörung der Mitglieder und wird von der Parteibürokratie benutzt, um die großen grundsätzlichen Fragen zugunsten parlamentarisch-organisatorischer in den Hintergrund zu drängen.

Eine Ueberblick über die bisher vorliegenden Anträge der SPD-Organisationen zeigt das deutlich. Nichtsdestoweniger zeigen sich auch hinter diesen Fragen die tiefen Risse zwischen proletarischem Klasseninstinkt der Mitglieder und profitorientierter Staats- und Ordnungstreue der Führergruppen.

Bezeichnend dafür ist die Tatsache, daß einmal unter einer ganzen Anzahl Ortsgruppen oder Unterbezirke, die Korrespondenten aus dem Lager der „Neuen“ zu den Tagesordnungspunkten oder speziell zur Reichstagsfraktionarbeit beauftragt, auch Leipzig zu finden ist, dessen erweiterter Bezirksvorstand mit allen Kräften bemüht war, dem Parteivorstand alle Wünsche zu erfüllen. Interessant ist ferner, daß Gera sich nicht mit Engelbert Gera als Korrespondenten begnügen will, sondern außerdem Max Seidenwich fordert.

Ganz anders als diese nach außen organisatorisch-formellen Anträge lautet die zum ersten Tagesordnungspunkt „Kapitalistische Wirtschaftsanarchie“. So ist der folgende Antrag, den wir wörtlich abdrucken, geradezu ein Faustschlag gegen die sogenannte „Theorie“ und Praxis der SPD als Partei und der SPD-Führung der reformistischen Gewerkschaften. Duisburg hat diesen Antrag eingereicht:

„Der Parteitag erkennt, daß die jetzige Krise des Kapitalismus keine zufällige, einem neuen Aufschwung des Kapitalismus vorangehende Erscheinung ist, sondern eine Krise des kapitalistischen Systems, dem die Arbeiterklasse härtesten Kampf ansetzen muß. Fünf Millionen Erwerbslose in Deutschland, 20 Millionen in der Welt bezeugen, daß der Kapitalismus wankt, weil seine Basis, der Weltmarkt, sich verengt. Der Kapitalismus ist in seine entscheidende Phase der Entwicklung gelangt und sucht nach Auswegen, um die Situation zu meistern. Die große Lohnabbauoffensive ist nur das erste Wort in neuer Sprache.“

Der Parteitag erkennt, daß die Krise des Kapitalismus mit kapitalistischen Mitteln nicht mehr gelöst werden kann, sondern nur durch den Sturz dieser kapitalistischen Gesellschaft, die diesen Zustand ermöglicht.

Aber die herrschende Klasse wird nicht freiwillig abtreten und die Arbeiterklasse aus eigenem Entschluß zum Nachlasserwartender einziehen.

Der Weg, den die Sozialdemokratie in der gegenwärtigen Situation zu gehen hat, muß bestimmt werden von dem Ergebnis der grundsätzlichen Analyse der ökonomischen Situation. Das Ergebnis dieser ist die Feststellung der grauenhaften Dauerkrise im Kapitalismus. Ausgehend von dieser tatsächlichen ökonomischen Grundlage muß die Partei die Krise des Kapitalismus auswerten zur Aktivierung und Mobilisierung der Massen zum Kampf für den Sturz und die Beilegung dieser kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Die Frage Sozialismus oder Kapitalismus ist zur Schicksalsfrage der Menschheit geworden.“

Das Schicksal dieses Antrages ist klar: Eine Partei, die seit Jahr und Tag dem Kapitalismus den Steigbügel hält bei seinen Ausritten gegen die Arbeiterklasse, eine Partei, die verpönt ist mit den übelsten Säulen des kapitalistischen Staates, die durch die Gewerkschaften jeden Lohnraub konfirmiert, eine Partei, deren „linker“ Führer vom Schlage Graf Rude und Ordnung als Hauptaufgabe im Staat ansehen, eine Partei, die die Regierung reaktionärer Art süß und verteidigt und die eine Rotenordnung nach der anderen schließt, um diesen kapitalistischen Staat zu erhalten — eine solche Partei kann nichts anderes als einen solchen Antrag proletarischer Mitglieder anfragen als ihren in den Parteifordern zu werfen. Und wenn die ehrlichen Proleten die Konsequenzen ziehen wollen aus diesem Antrag, der im Grunde doch der Aufruf gelunden proletarischen Klasseninstinkts und Kampfwillens ist, so wird die „Aufnahme“ dieses Antrages durch die kapitalistischen Kräfte ihnen die Augen öffnen über den einzig gangbaren Weg zur Ermöglichung ihres Kampfwillens — den Bruch mit der SPD und den Anschluß an die von der KPD geführte rote Einheitsfront ...

Kein Wort zum Ausschluß der „Neuen“

Zum Referat „Ueberwindung des Faschismus“ veröffentlicht der Parteivorstand bisher nur Anträge gegen den „Ausdrück der Neuen“, gegen dessen Wiederholung organisatorische „Sicherungen“ gefordert werden. Von dem theoretisch angelegentlichsten Ausschluß ist keine Rede mehr ... eine Kräfte hat der anderen ... Die SPD-Führer wissen, daß sie auf Geduld und Beherrschung durch die Parteiführer verbunden sind — gegen die Interessen ihrer proletarischen Mitglieder.

Zum Bericht der SPD-Reichstagsfraktion liegen bis jetzt vor:

21:30 Mißtrauensnoten für die Reichstagsfraktion

20 Vertrauensnoten und 21 Mißtrauensnoten vor, in Geißt von Mißbilligung und Billigung der Haltung der „Neuen“. Bescheidend ist hierbei, daß die Hamburger und Wasserlohn-Bezirk burchweg auf Seiten des Parteivorstandes stehen. Für diese Gruppen ist besonders bezeichnend, daß nach dem Verständnis des Abg. Gerlach in Düsseldorf ihre Abgeordneten nicht einmal das schamhafte Mäntelchen der Stimmenthaltung beim Panzerkreuzer haben wollten und für offenes Zutimmen eintraten. Diese daterienstreuen Geistes sind die würdigen Stütz-

ten des Parteivorstandes und vorzügliche Kumpans der „schändlichen Bezirksführer vom Schlage Edels.“

Parteitagantrag Löbauer entlarvt Edels Schwindel

Unter den Ortsgruppen, die gegen die Haltung der Reichstagsfraktion durch Billigung der Haltung der „Neuen“ protestieren, befindet sich nach der Ueberzahl des Vorwärts auch Löbau, also die Gruppe, in der Edel als Vertreter des Parteivorstandes gesprochen hat, wobei er ausdrücklich die Politik der Reichstagsfraktion verteidigte. Außerdem hat Edel um der Bezirksvorstand eine Entschliegung gegen die „Neuen“ gefordert. Als wir die Niederlage Oskar Godels in Löbau enthielten, legte er freud. Jetzt ist diese Niederlage dokumentarisch durch die Veröffentlichung im Vorwärts erschienen. Oder will Edel behaupten, daß er in Löbau das Gegenteil von dem vertreten hat, was der Bezirksvorstand unter keinem Vorbehalt beschloß? Hat, was der Bezirksvorstand kurz belene — sind aber ein deutlicher Beweis dafür, daß Edel und seine Volksgeliebte in Dresden und die ostfälische Mitgliedschaft freud und unerschrocken belügt und zu nachläßigen verführt. Herr Edel, wie kann es jetzt mit einer Antwort?

In den wichtigsten Fragen — unsozialistisch!

Diese Feststellung macht die Berliner Resolution, die selbendes erklärt:

„So entspricht die Stellung zu wichtigen politischen Fragen, insbesondere zur Wehrfrage (Panzerkreuzer) nicht dem Willen der Parteimitglieder und internationalen sozialistischen Erfordernissen.“

Das bezeichnende Gegenstück zu diesem Antrag bildet die Samsburger Entschliegung, die fastlich die deutsche Aufrüstung ausdrücklich billigt und die sozialdemokratische Vaterlandstreue beweißen soll. Dort heißt es:

„Deutschland hat ein Recht darauf, daß die „Ubrüllungen“ in allen Ländern gleichmäßig vorgenommen werden, um die Gefahr zu bannen.“

Anderer brüden die Ueblichen alldeutschen Kriegshöcker ihren Wunsch auf weitere Aufrüstung auch nicht aus! Das aber ist der Geist des Parteivorstandes und der Gesamtpolitik der SPD, der aus diesen Worten spricht. Wenn da einige Ortsgruppen, wie Sackow (Bez. Juchow), Uradstimmung der Mitglieder über die Politik des Parteivorstandes fordern, werden sie bald erkennen können, daß hier auch die „linken“ Genossen keine grundsätzliche Ueberzeugung mit der Gesamtpolitik der Partei nicht veräußern kann und die Fortdauer mit Hohngeklächter quittiert werden wird.

Wenns vergeblich wird die Forderung einiger Gruppen sein, den Austritt aus der Kirche zur Pflicht für jeden führenden Funktionär zu machen. Die Herren Schröd und Dr. Males u. a. werden sich nicht vorstreifen lassen, mit ihren Religionsgesellschaften zu brechen, die von der SPD Millionen selbst in schlimmster Notzeit der Massen ausbezahlt erhalten.

Kein Wort vom Lohnausgleich!

Eine bezeichnende Feststellung muß man bei der Durchsicht der Anträge machen. Bis jetzt liegt nirgends ein Antrag vor, der die 40-Stunden-Woche mit Lohnausgleich verlangt, wohl aber eine ganze Anzahl anderer, die die kapitalistische Forderung auf Einföhrung „allgemeiner Kurzarbeit in Form der sogenannten „40-Stunden-Woche“ ohne Lohnausgleich erheben. Diese Tatsache ist gleichwohl eine ernste Mahnung an die revolutionären Gemüthsgeister, mehr als bisher den Kampf um die Aufrüstung der Massen zu führen, besonders in der Frage der kapitalistischen „52-Stunden-Woche“ und der Notwendigkeit des Kraft organisierten Kampfes um vollen Lohnausgleich bei Einführung der 40-Stunden-Woche!

Das Ende der Jungsozialisten — Diktatur des Parteivorstandes

Nach den Anträgen, die bisher veröffentlicht wurden, ist kaum noch daran zu zweifeln, daß der Leipziger Parteitag das Ende der Jungsozialistischen Vereinigung mit sich bringen wird. Einheitslich des „opponierenden“ Berliner Bezirke wird die Mundstomachung der unbehaglichen Kritik gefordert. Diese Tatsache und die vergeblichen Proteste der Mitgliedschaft gegen die Verantwortung der Parteiführer durch die Parteivorstandesmitglieder, die sich in zahlreichen Anträgen auf Statutenänderungen kundtun, werden manche noch vorhandene Illusionen ehrlicher proletarischer Mitglieder zerschmettern.

Nur durch Anschluß an die rote Einheitsfront im Tageskampf um Arbeit, Brot und Freiheit, durch Eingliederung in die von der KPD und RSDAP geführte Kampffront gegen den Kapitalismus und seinen Staat werden die bisherigen proletarischen Anhänger der SPD ihren Forderungen und ihren eigenen Interessen zum Siege verhelfen können!

Der Gegner über den Maiausmarsch in Dresden

Die Volksgelung vom Sonnabend muß schweren Herzens schreiben, daß

... die Maidemonstration der Kommunisten, die im höchsten Grade ihren Höhepunkt fand, härteren Zulauf als frühere ...

hatte Die gewaltige, begeisterte Beteiligung der Volksmassen an der Maidemonstration der KPD nennt die Volksgelung in ihrem Merger „Zulauf“, aber immerhin muß sie anerkennen, daß die Beteiligung alles Bisheilige übersteigt. Die Volksgelung erlaubt sich nun im Anschluß an die Wehrzeit den Schwindel die SPD-Maifester als überwältigend anzusprechen und von 30 000 Teilnehmern zu phantasieren. In Wahrheit war die SPD-Demonstration schwächer als im Vorjahre.

Wieder Arbeiter von Nazis gemeuchelt!

Hilfer: Die NSDAP als „letzte Wall gegen die rote Flut!“

Auf einer Zusammenkunft der nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten in München erklärte Adolf Hilfer:

„Immer mehr erkennen alle Gutwilligen, daß der Nationalsozialismus der letzte Wall gegen die rote Flut darstellt! Verlasse unsere Bewegung, so wäre eine alles vernichtende Sturmflut über das deutsche Volk nicht mehr aufzuhalten!“

Hört! Hört! Adolf Hilfer bestätigt also, was wir immer gesagt haben. Der Nationalsozialismus ist nichts anderes als ein Ruhensort der kapitalistischen Weltung. Aber das Wort wackelt schon bedenklich, denn die proletarischen Soldaten fangen an zu meutern. Sie geben sich nicht mehr länger dazu her, Landbesuche für die Leute zu sein, die in der Festung ein Schlemmerleben führen. Die kapitalistische Weltung wird fallen unter der roten Flut der Arbeiterdiktatur!

Berlin, 3. Mai. (Esp. Berlin.)

Wieder wurde ein junger Arbeiter von faschistischer Wüsterhand heimtücklich ermordet. In der Nacht zum 2. Mai schossen faschistische Mordmörder, die sich auf der Jagd nach Arbeitern mit roten Mänteln befanden, den kaum 21jährigen Zimmermann

Erwin Ziemke, Mitglied des Arbeiterportvereins „Überlebender“, nieder, als er von dem Balkon seiner im 2. Stockwerk gelegenen Wohnung in der Ufenaustraße 17 das Nordkreuz der Arbeiterbeobachtung wollte. Eine wohlgezielte faschistische Mordungel schloß die Schlagader. In Tode getroffen brach Ziemke zusammen.

Maidemonstration
Partei
Inter
 Der Festsetzung be
 ist auch die
 stand der I
 onenfront
 sozialistich
 von der eif
 Die Mo
 des Wortes
 iden Arbeit
 Arbeiter nos
 ban Teilüne
 men aus der
 der Noten K
 Im 8 U
 auf dem Mo
 werfassung.
 Wozuschlow
 armisten. P
 wöhlischen P
 Kallini
 von den vo
 delegierten
 Neue F
 feidenschaftl
 Er entbiete
 armisten be
 schilow mit
 der kapital
 Die W
 die ihnen v
 geklärt wer
 die inneren
 flet. Wir
 uns ist un
 Befehlung
 Sobann
 die ferlich
 ihrem Blut
 Währen
 drückt Kar
 sich die Mo
 des reolut
 geisterung
 Aufma
 Noten
 dem U
 D
 Unter
 so f a f f n
 Kolonnen
 in drei R
 löflungen
 lang bau
 bis weit
 volutionä
 „Nett
 Der j
 schlüssen
 Ihre
 auf den P
 — dann r
 Auf j
 Richter be
 ihn must
 muß. Er
 schlug der
 Hände in
 Sause.
 Wen
 ein, in d
 schlößen.
 auf die n
 notdürftig
 der hohen
 ärmliche
 fester da
 weiter m
 Wor
 nur kurz
 Erft als
 Wohnung
 war zu m
 müde Ge
 und Ube
 Weiter u